



(v.l.n.r.): Erste Reihe: Heike Kühne, Erste Beigeordnete Kirsten Gurske, Maritta Böttcher, Edeltraut Liese, Fraktionsvorsitzender Hans-Jürgen Akuloff, Landrätin Kornelia Wehlan
Zweite Reihe: Felix Thier, Hartmut Rex, Dirk Hohlfeld, Dr. Rudolf Haase, Peter Dunkel, Roland Scharp (Annkathrin Loy und Dr. Irene Pacholik fehlen auf dem Foto)

DAS WAR DER KREISTAG IM NOVEMBER ...

◀ **Landrätin Kornelia Wehlan informierte auf dieser Sitzung u.a., dass die Kreditaufnahme zum Erwerb des Kreishauses** erfolgt ist und sie sich mit der schriftlichen Bitte um bauliche Veränderungen an der Ortsdurchfahrt der B102 in Hohenseefeld an den zuständigen Landesbaubetrieb gewandt hat. In Anbetracht der Flüchtlingsströme und begrenzten Aufnahmekapazitäten von Seiten des Landkreises appellierte die Landrätin an die Kreistagsmitglieder, in ihren Heimatkommunen für weitere Aufnahmeplätze, z. B. auch bei kommunalen Wohnungsunternehmen, zu werben.

◀ **Bereits seit 1996 existiert in Teltow-Fläming ein Nahverkehrsbeirat.** Dieser wird bei der Erstellung des Nahverkehrsplanes für den Landkreis, bei Stellungnahmen zu Gesetzesnovellierungen oder dem Landesnahverkehrsplan einbezogen. Im Gremium arbeiten z. B. Vertreter der Gemeinden, die Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming und auch Mitglieder des Kreistages. Von unserer Fraktion wird für die neue Wahlperiode Roland Scharp in den Beirat entsandt. Der Kreistag fasste den Beschluss einstimmig.

◀ **Seit 2013 ist der Kreisenorenbeirat in der kreislichen Hauptsatzung verankert und wird für die Dauer der Wahlpe-**

riode bestimmt. Die 13 Mitglieder werden von den kreisangehörigen Kommunen, örtlichen Seniorenbeiräten sowie kreisansässigen Seniorenvereinen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchengemeinden vorgeschlagen. Die Vorschlagberechtigten haben eine flächendeckende Vertretung der Belange älterer Menschen mit Ausnahme des Gebietes der Gemeinde Großbeeren realisiert. Trotz intensiver Bemühungen und wiederholter Gespräche mit der Gemeinde, Vertretern der Kirchengemeinde sowie den Wohlfahrtsverbänden konnte aus Großbeeren niemand gewonnen werden. Trotzdem folgte der Kreistag aber der Vorlage einstimmig.

◀ **Seit Einrichtung der Klimaschutzkoordinierungsstelle im September 2010 prüft das Umweltamt die Möglichkeit der Installation von Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Liegenschaften.** Sofern wirtschaftlich und technisch darstellbar, werden – ohne Erbringung von Eigenkapital – geeignete Dachflächen des Landkreises Teltow-Fläming primär zur Eigenstromerzeugung zur Verfügung gestellt. Beteiligungsgesellschaften des Landkreises und Kommunen können geeignete Dächer ebenfalls in den Dachflächenpool einbringen. Die Fraktion DIE LINKE war hier geschlossen dafür, der Kreistag

insgesamt folgte dem Vorhaben mehrheitlich.

◀ **Nach der Trennung der Kreis- und Stadtbibliothek (2006/2007) entstanden mit völlig neuer Struktur die Bibliothek im Bahnhof (Stadt Luckenwalde) und die Kreis- und Fahrbibliothek des Landkreises.** Mit Integration der Kreisbildstelle (2008) bildete sich das Kreismedienzentrum. Die bisherige Benutzungssatzung aus 2006 ist nur auf die Fahrbibliothek ausgelegt, Änderungen bzw. Neufassungen wurden also nötig. Die Kreisverwaltung brachte daher eine neue Benutzungssatzung zur Beschlussfassung ein, der die Kreistagsabgeordneten geschlossen folgten.

◀ **Bereits seit 20 Jahren treffen sich junge Musiker und Künstler Brandenburgs beim Festival der Musik- und Kunstschulen.** An drei Tagen und Nächten geben über 200 Darbietungen auf mehr als 800 m² Festivalfläche einen Überblick über die immense Vielfalt der Angebote der Musik- und Kunstschulen des Landes. Bei der letzten Veranstaltung in Eberswalde waren rund 2.400 junge Talente und etwa 45.000 Besucher zu Gast. In Vorbereitung der aktuellen Ausschreibung ist der Verein »Freunde und Förderer der Musikschule« e. V.

an die Stadt Luckenwalde und den Landkreis herangetreten mit der Bitte, dass sich die Stadt um die Ausrichtung des Festivals 2017 bewerben möge. Bedingung für eine erfolgreiche Bewerbung ist das aktive Zusammenwirken zwischen Stadt und Landkreis. Dies setzt u. a. eine finanzielle Beteiligung von Stadt und Landkreis in der erforderlichen Höhe des Eigenanteiles von jeweils 20.000 Euro voraus. Die Bereitstellung der von Seiten des Landkreises einzubringenden Gelder beschloss der Kreistag einstimmig.

◀ **Das Fontane-Gymnasium in Rangsdorf hat tragischerweise seit 2005 sieben Schüler bzw. Schülerinnen durch Suizid verloren.** Seit Mitte 2012 gab es daher eine provisorische 20-Stunden-Sozialarbeiterleistung. Ab dem Schulhalbjahr 2014/2015 soll diese auf nur noch fünf Stunden reduziert werden, neben einer zusätzlichen telefonischen Notfallbetreuung. Kreistagsmitglieder aus der Region verfassten daraufhin einen fraktionsübergreifenden Antrag, da sie dieses Angebot als zu gering erachten und baten um eine Prüfung von Seiten der Kreisverwaltung zur möglichen Aufstockung der Mittel zur Finanzierung einer vollen Stelle. Diese Prüfung wurde mit großer Mehrheit gebilligt.

SEEN, FISCHEREI, JAGDJAHR UND WASCHÄR



Unter diesen Schlagworten im Titel lässt sich die November-Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt zusammenfassen. Tagungsort war dieses Mal die Gemeinde Rangsdorf im Norden unseres Landkreises. Nicht unpassend, war doch ein Schwerpunkt der Beratung der Rangsdorfer See. So wurden den Ausschussmitgliedern die örtlichen Gegebenheiten erläutert: Der See wird von einer Fischereigenossenschaft bewirtschaftet, größter Flächen-eigentümer ist mit 80 Prozent der Seefläche die Gemeinde selbst. In der Genossenschaft wird über die Verpachtung an die Fischer entschieden, »nebenbei« findet aber auf dem See eine breit gestreute Nutzung statt. Der Rangsdorfer See ist Naturschutzgebiet, dient dem Sport und der Naherholung, der Fischerei und dem Baden – bei so vielen Interessen verständlicherweise nicht immer konfliktfrei.

Im Winter 2009/2010 kam der See in die Schlagzeilen, als ein massives Fischsterben zu beklagen war: annähernd 300 Tonnen (nicht gewässerheimische) Silberkarpfen waren durch die ungünstigen Witterungsbedingungen unter der Eis- und lichtundurchlässigen Schneedecke erstickt. Der See ist sehr flach und besitzt einen hohen Nährstoffvorrat – zusätzlich ungünstige Konstellationen für Fische beim Überwintern. Der Fischbesatz fing also wieder bei

Null an, bot so aber auch gewässertypischen Fischen die Chance, sich auszubreiten. Das gelang laut den Darstellungen der Ortsvertreter und anwesenden Fischer im Ausschuss wohl recht gut – allein die bis zu 150 im Schwarm jagenden Kormorane machen das



Rangsdorfer See

Fischerleben nicht ganz so einfach. Nichtsdestotrotz wurde aber auch von Seiten der Kreisverwaltung betont, dass Teltow-Fläming im Land Brandenburg führend bei der Erfüllung der Hegepläne ist. Die Überleitung zum Jagdjahr 2013/2014 passt beim Stichwort Hege sehr gut. Frau Woeller von der Unteren Jagdbehörde präsentierte auch in diesem Jahr wieder eine Fülle von Zahlen, welche sich hier leider nur ganz knapp

darstellen lassen. Im Landkreis gibt es 778 Jägerinnen und Jäger und besonders erfreulich ist, dass 22 Jungjäger, also frisch »das Grüne Abitur« bestandene Jäger, dazugekommen sind. Auffallend ist, dass wir uns in der Region wohl allmählich vom Muffelwild

hen, was wir auf dem Kompost oder im (leicht zugänglichen?) Hausmüll entsorgen, und den Waschbären so ideale Futterquellen bieten. Und zum Einwand »der Niedlichkeit« dieser Tiere sei angemerkt: Sie sind in unserer Region nicht heimisch, haben keine echten natürlichen Feinde und sind als hochintelligente Allesfresser eine Bedrohung für die heimische Fauna!

Zum Sitzungsende informierte die Kreisverwaltung noch, dass weitere Seen vom rot-rot regierten Land Brandenburg kostenfrei an die Kommunen übertragen werden. Begünstigt werden dieses Mal Ortsteile der Städte Ludwigsfelde (»Ahrensdorfer Kiesgruben«) und Baruth/Mark (»Speicher Dornswalde«).

verabschieden müssen: Der Wolf erfreut sich dieser leichten Beute. Überproportional gewachsen und auch immer mehr zum Problem werden die Waschbären! Erstmals wurden in diesem Jagdjahr mehr als 1.000 Exemplare erlegt! Die Jagdstreckenentwicklung gilt dabei als Indikator für die Entwicklung der jeweiligen Population. Wir sollten uns also wirklich alle Gedanken dazu machen, wie wir mit unseren Hausabfällen umge-



Felix Thier, Luckenwalde, Ausschussmitglied

Neben Themen wie Wirtschaftsplan Rettungsdienst Eigenbetrieb 2015, Gebührensatzung Fahrbibliothek, Gebühren für die Benutzung von Übergangseinrichtungen und anderen standen vor allem die Prioritätenliste der investiven Maßnahmen, Gesamtübersicht der Auswertung des III. Quartals 2014 und Eckdaten des Haushalts 2015 im Vordergrund.

Im Bereich der investiven Maßnahmen stehen bei einer zu erwartenden Schlüsselzuweisung in Höhe von 2.980.190 Euro und Einzahlungen durch Zuwendungen in Höhe von 1.607.900 Euro insgesamt 4.588.090 Euro zur Verfügung. Ausgehend von zurückliegenden Beschlüssen des Kreistages stehen im Vordergrund Maßnahmen im Bereich Bildung/Schulen, ein Bereich der in den letzten Jahren zu kurz kam. So werden z. B. in Angriff genommen der Beginn der Planung für den Erweiterungsbau des Fontane-Gymnasiums Rangsdorf, Beginn der Planung für den Bau einer Aula im Gymnasium Ludwigsfelde, Förderschule Groß Schulzendorf Fassade, Rettungstreppe Schullandheim Dobbrikow. Insgesamt werden in diesem Bereich 1.172.950 Euro investiert. Auch mit in der Vorlage sind aufgeführt die Kosten für die Weiterführung der begonnenen Maßnahmen in den Jahren 2016 mit 1.686.300 Euro sowie 2017 mit 2.180.000 Euro und



2018 mit 440.000 Euro. Bei nicht steigenden Zahlen für die investiven Schlüsselzuweisungen liegen damit die Ausgaben im Bereich Bildung/Schulen bei über 50 Prozent. Die Einzahlungen für Zuwendungen setzen positive Bescheide für entsprechende Zuwendungsanträge voraus. Vorgesehen sind hierbei in 2015 Ortsverbindung Baruth-Horstwalde (Zuwendung 90 Prozent), Gölsdorf-Landesgrenze Sachsen-Anhalt (Zuwendung 50 Prozent). Für den Bau der B 101 sind ab 2015 noch 5.600.000 Euro zu finanzieren. Diese Finanzierung erfolgt über eine Entnahme aus der Sonderrücklage. Dies bedeutet aber auch eine weitere Belastung der Inanspruchnahme des Kassenkredites. Vorgesehen sind in 2015 1.500.000 Euro, 2016 2.000.000 Euro und 2017 2.100.000 Euro. Der Kreis befindet sich in der Haus-

haltungssicherung. Die Abrechnung per 30. September 2014 zeigt einen erfreulichen Zwischenstand. Derzeit ist die Inanspruchnahme von Kassenkrediten auf rund 30 Millionen Euro gesunken. Diese Position drückt die Verschuldung des Kernkreisshaushaltes ohne Beteiligungsunternehmen aus. Zwischenstand deshalb, da für die Jahre 2011, 2012 und 2013 noch keine Jahresabschlüsse vorliegen und somit die vorgelegten Werte sich noch verschieben können. Die derzeit gültigen Eckdaten des Planentwurfes gehen von einem Gesamtüberschuss von 5.040.000 Euro aus. Schlüsselzuweisungen und Finanzausgleichsumlage werden um 7.900.000 Euro höher. Die Kreisumlage reduziert sich um 2.300.000 Euro, was den Städten und Gemeinden zu Gute kommt. Mit eingearbeitet sind Tariferhö-

hungen. Gesamtzinsbelastungen werden voraussichtlich 1.100.000 Euro betragen. Weiterhin laufen 42 Arbeitsverträge aus, davon aber 22 Altersteilzeitverträge. Am 15. Dezember 2014 wird die Landrätin die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen in den Kreistag einbringen. Von dem Tag bis zur vorgesehenen Beschlussfassung am 23. Februar 2015 haben die Abgeordneten das Heft des Handelns in der Hand. So ganz nebenbei vermerkt sei, dass eine Kernforderung der LINKEN erfüllt ist, nämlich die Haushaltsunterlagen im Vorjahr einzureichen. So kommen wir auch dem Gesetzestext der Vorjährigkeit immer näher. Die Eckzahlen sind anspruchsvoll aber auch eine lohnende Aufgabe für die Abgeordneten.



Dirk Hohlfeld, Am Mellensee, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses



Eigentlich könnte man sagen nichts Neues, die Eröffnung ist immer noch weit entfernt, das Vorhalten dieser ewigen Baustelle für einen eventuell irgendwann aufzunehmenden Betrieb kostet immer noch Millionen und Herr Mehdorn reist immer noch durch die Lande und verbreitet Zweckoptimismus. Also was ist anders? Anders ist, dass Mehdorn jetzt tatsächlich fliegen lassen will, und zwar immer noch ohne den gesetzlich vorgeschriebenen und planfestgestellten Schallschutz realisiert zu haben.

Damit der BER mit der geplanten Kapazität an den Start gehen kann, braucht er zwei Start- und Landebahnen. Die neue, die Südbahn ist fertig, die alte, die Nordbahn muss saniert werden. Dies hat Herr Mehdorn ab Mai 2015 vorgesehen, dann sollen alle Flüge von Schönefeld über die Südbahn abgefertigt werden. Sein Problem ist nur, die Betriebsgenehmigung ist an den Schallschutz gebunden. Und hier gilt hoffentlich die Aussage von Minister Christian Görke, »ohne ausreichenden Schallschutz wird nicht geflogen.«

Derzeit haben von den ungefähr 4.500 Anspruchsberechtigten erst ca. 3.000 ihre Unterlagen erhalten die sie zur Durchführung des Schallschutzes an ihren Immobilien berechtigen. Die Genehmigungsbehörde fordert eine Vorlaufzeit von mindestens sechs Monaten zwischen Genehmigung und tatsächlicher Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen. Also wäre ein Flugbetrieb von der südlichen Start-Landebahn schon ab April 2015 schon technisch nicht mehr möglich. Dies sieht auch die Schönefelder Fluglärmkommission so, die kürzlich ihre Forderung bekräftigt hat, keine Betriebserlaubnis für die neue Südbahn ohne Schallschutz für die betroffenen Anrainer zu erteilen. Aber das alles interessiert den Flughafenchef nicht. Wieder einmal ignoriert er die berechtigten Interessen von Anwohnerinnen und Anwohnern und von betroffenen Kommunen. Aber wie steht es denn jetzt mit der Qualität der Berechnungen, wie mit den Möglichkeiten der Umsetzung. Es gibt immer noch ganz viele Fälle in denen der Flughafen Teile von Wohnungen als nicht Schallschutzberechtigt einstuft, das Problem mit der Behandlung

von Wintergärten ist nicht geklärt. Nach wie vor stehen Anspruchsberechtigte bei denen die notwendigen Schallschutzmaßnahmen wirtschaftlich nicht sinnvoll erscheinen vor dem Problem mit 30 Prozent des Verkehrswertes des Hauses abgespeist zu werden und dann mit dem Problem des Schallschutzes alleine dazustehen. Aber zum Glück entscheidet in diesem Land ja Herr Mehdorn nicht alleine über Wohl und Wehe der Bevölkerung, auch wenn er sich schon mal Genehmigungsverfahren wie in China gewünscht hat. »Die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde sowie die Fluglärmkommission haben wegen ungelöster Probleme beim Schallschutz Zweifel an dem Zeitplan« meldete die Märkische Oderzeitung am 24. November 2014. »Mehdorn nannte diese Bedenken in einer Mitteilung »nicht ansatzweise nachvollziehbar«. Er warnte vor erheblichen Mehrkosten, sollte sich der Start für die Arbeiten an der Nordbahn verzögern.« Das ist doch mal wieder ein typischer Mehdorn. Beim BER nichts Neues. **Roland Scharp,** Blankenfelde-Mahlow, Wirtschaftsausschuss

ZITIERT: ANFRAGEN DER ABGEORDNETEN



ANFRAGE ZUR UN-BEHINDERTEN-RECHTSKONVENTION

Seit 2009 gilt in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention. Sie garantiert Menschen mit Behinderungen im Artikel 29, Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben, dass die Vertragsstaaten sicherstellen »dass die Wahlverfahren, -einrichtungen und -materialien geeignet sind, zugänglich und leicht zu verstehen und zu handhaben sind.« Die Brandenburger Kommunalwahlordnung legt im § 12 Abs. 2 Folgendes fest: »Die Wahllokale sollen so gelegen sein, dass den wahlberechtigten Personen die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird und der Zugang auch körperbehinderten Personen möglich ist.«

In diesem Zusammenhang fragte Felix Thier zur Dezembersitzung des Kreistages die Kreisverwaltung:

◀ Inwieweit wurde diese Festlegung bei der Vorbereitung der Wahlen im Jahr 2014 berücksichtigt und umgesetzt?

◀ In welchen Wahlbezirken konnten diese Festlegungen nicht erfüllt werden?

◀ Wie viele Wahllokale existieren insgesamt im Kreisgebiet (Anzahl der barrierefreien und nicht barrierefreien)?

◀ Wer fordert die Hilfsmittel (z. B. Schablonen für blinde und sehbehinderte Menschen) für behinderte oder andere Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung

an, durch wen werden diese bereitgestellt, wer ist für die Handhabung der Hilfsmittel zuständig und wer trägt die Kosten dafür?

EINE WEITERE ANFRAGE DREHTE SICH UM DEN WAFFENBESITZ IM LANDKREIS.

Im November wurde der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt von Seiten der Kreisverwaltung über die Auswertung des Jagdjahres 2013/2014 im Landkreis Teltow-Fläming informiert. Hierzu führte die Verwaltung u. a. auch aus, dass bei einigen Jagdscheinen (Gültigkeitsdauer ein, zwei oder bis zu drei Jahre) in der Vergangenheit keine Verlängerung von Seiten der Inhaber erfolgte. Auf Nachfrage

dazu wurde diese Zahl mit rund 200 beziffert, Gründe sind zum Beispiel Alter, entfallener Bedarf, Wegzug oder Tod.

In Anbetracht dieser Zahl ergaben sich für Felix Thier folgende Fragen:

◀ Wurde bei den ausgelaufenen/nicht verlängerten Jagdscheininhabern auch eine Waffenabgabe geprüft (vgl. § 13 I WaffG)?

◀ In welchem Rhythmus sollte und in welchem Rhythmus wird die sachgemäße, sichere Lagerung (z. B. Trennung von Waffe und Munition) bei den Waffenbesitzern kontrolliert?

◀ Wie ist die Personalunterstützung für diese Aufgabe? Welche Beanstandungen werden bei den Kontrollen am häufigsten festgestellt, welche Auflagen erteilt?

◀ Wie viele Waffen, bitte aufgeschlüsselt nach Lang- und Kurzwaffen, sind im Landkreis Teltow-Fläming registriert?

◀ Wie viele Waffenbesitzer gibt es im Landkreis Teltow-Fläming? Dies bitte unter Angabe des Geschlechts und sachgerecht aufgeschlüsselt nach Altersgruppen, bzw. ggf. ein Altersdurchschnitt der Waffenbesitzer.

◀ Wie viele sogenannte Kleine Waffenscheine (§ 10 IV S. 3 WaffG) wurden im Landkreis bisher erteilt?

SCHULSOZIALARBEIT

SOZIALARBEIT AM GYMNASIUM

Wie positiv sich Sozialarbeit auch an Gymnasien auswirken kann, wurde uns mit dem kreislichen Gymnasium in Rangsdorf gezeigt. Vor Jahren noch waren Suizidversuche bzw. Suizide selbst zu verzeichnen und Dank der Tätigkeit einer halben Sozialarbeiterstelle, kofinanziert durch die Gemeinde, sprechen wir heute zum Glück nicht mehr über solche Erscheinungen. Aber warum kann nun ab 2015 an dieser Sozialarbeitertätigkeit nicht festgehalten

werden? Gymnasiumleitung und Schulkonferenz haben zusammen mit sechs Kreistagsabgeordneten dieses nicht verstanden und es so geschafft, dass sich Kreisverwaltung und Schule ins Benehmen setzten. Immerhin konnten die unterschiedlichen Auffassungen ausgeräumt werden. Sozialarbeit ist an allen Gymnasien anzustreben, wenngleich hier die Themen auch andere sind. Das Kind muss nicht erst in den Brunnen fallen, bevor man zu anderen

Erkenntnissen kommt. Hier bietet auch die Koalitionsvereinbarung auf Landesebene mit der Erhöhung von Sozialarbeiterstellen an Schulen eine Möglichkeit.



Hartmut Rex
Rangsdorf, Jugendhilfeausschuss

MANDATSNIEDERLEGUNG

Unser langjährig in zahlreichen Funktionen ehrenamtlich tätiges Mitglied Edeltraut Liese kann aus familiären Gründen ihr Kreistagsmandat nicht mehr ausüben. Mit Wirkung vom 1. Dezember 2014 stellt Edeltraut ihre umfangreichen Erfahrungen in verschiedenen Ehrenämtern in den Dienst ihrer Heimatgemeinde. Gleichmaßen bleibt Edeltraut als Mitglied des Kreisvorstandes unserer Partei aktiv tätig. Die Modalitäten des Nachrückens und der Neubesetzung des Kreistagsmandates befinden sich in Klärung.

Hans-Jürgen Akuloff, Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Jürgen Akuloff · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 30. November 2014 · Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 2.000, Dezember 2014 · Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.